

## PRESSEERKLÄRUNG

Nr.: 126  
Thema: Bundesdruckerei

Redaktion: Stefan Sukale  
Datum: 10. April 2007

### **WANSNER: BETROFFENHEITSBEKUNDUNGEN VON SPD-CHEF MÜLLER SIND ABSOLUT UNGLAUBWÜRDIG**

Der Arbeitsmarktexperte der CDU-Fraktion, **Kurt WANSNER**, erklärt:

„Der Kampf um den Erhalt der Bundesdruckerei und die damit verbundenen 1.300 Arbeitsplätze steht schon seit Jahren auf der politischen Agenda. Angesichts der bisherigen Passivität des rot-roten Senats in dieser Frage ist die plötzliche Besorgnis des SPD-Fraktionsvorsitzenden Müller absolut unglaubwürdig.

Warum hat Herr Müller geschwiegen, als die rot-grüne Bundesregierung die Bundesdruckerei im Jahr 2000 an einen ausländischen Finanzinvestor verkauft hat? Warum hat sich Herr Müller nicht über den Abbau von rund 500 Arbeitsplätzen besorgt gezeigt, der mit der Privatisierung einherging? Warum hat die Berliner SPD-Fraktion bislang beharrlich verweigert, sich mit dem bereits im Januar eingebrachten CDU-Antrag zu beschäftigen, der den Erhalt der Bundesdruckerei in Friedrichshain-Kreuzberg zum Ziel hat? Im März wurde die parlamentarische Debatte mit rot-roter Mehrheit auf die Zeit nach den Osterferien verschoben – angeblich, weil das Thema momentan nicht dränge. Angesichts dieser Verweigerungshaltung seiner Partei und Fraktion sind Müllers aktuelle Äußerungen heuchlerisch.

Dieser Senat hat noch immer nicht begriffen, dass zu einer aktiven Standortsicherungspolitik auch der engagierte Einsatz für den Standort gehört. Statt Betroffenheit vorzugaukeln, muss Rot-Rot endlich den Kontakt mit der Bundesregierung aufnehmen und sich für die Bundesdruckerei stark machen. Der Technologievorsprung des Unternehmens bei der Produktion von hochsensiblen ID-Dokumenten, insbesondere bei elektronischen Pässen und Ausweisen, ist trotz der nicht zu leugnenden Schwierigkeiten ein Wettbewerbsvorteil, den es zu nutzen gilt. In ihrem Antrag fordert die CDU-Fraktion unter anderem, dass die Lebensfähigkeit der Bundesdruckerei auch weiterhin durch die Erteilung von Aufträgen im nationalen, hoheitlichen Bereich sichergestellt werden muss. Zudem sollte der Bund bei einer erneuten Veräußerung wieder Anteile an der Bundesdruckerei erwerben, um die deutschen Sicherheitsinteressen zu wahren.“